

Die Maifeier auf dem Marktplatz ist kein Großereignis - das war sie auch nie. Gleichwohl bleibt sie wichtig. Wie und wo sonst können Gewerkschafter öffentlich Flagge zeigen, wenn nicht am Tag der Arbeit.

Grüne, IG Metall, ver.di, SPD, Awo und Die Linke sind mit Ständen vertreten. Die Stadtkapelle und später "Gentle Poise" spielen. Gerd Koch, Erster Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim, begrüßt Ehrengäste: den stellvertretenden Bürgermeister Klaus-Dieter Brunotte, die grüne Kreisvorsitzende Sylvia Schmid, den SPD-Kreisvorsitzenden Joachim Thees sowie die Geschäftsführerin der AOK-Heilbronn-Franken, Michaela Lierheimer. Kochs Rede steht unter dem Motto der Maifeier in diesem Jahr: "Das ist das Mindeste!"

Ziel der Arbeiterbewegung seien stets Frieden und soziale Gerechtigkeit gewesen, und auch beim 122. Tag der Arbeit stünden diese Forderungen im Mittelpunkt, erläutert Koch. "Faire Löhne, gute Arbeit und soziale Sicherheit, das ist das Mindeste." Solidarische Grüße richtet der Metaller nach Heilbronn an das Bündnis gegen Rechtsradikalismus, das zeitgleich gegen den Aufmarsch rechtsradikaler Gruppen demonstriert. "Faschismus ist ein Verbrechen und keine Meinung!", betont Koch unter Applaus.

Heftig kritisiert er dann die wieder zunehmenden prekären Arbeitsverhältnisse - Leiharbeit, befristete Verträge und geringe Vergütung. "Es ist ein Skandal, dass Menschen für rund 160 Stunden geleistete Arbeit einen solch niedrigen Lohn erhalten, dass sie ALG 2 beantragen müssen", sagt Koch dazu.

Hauptredner Kai Bliesener, Pressesprecher der IG Metall Baden-Württemberg, geht auch auf die Atomkraft ein: "Atomenergie ist als Brückentechnologie ungeeignet." Die Gewerkschaften, insbesondere die Metaller, "stemmen sich seit Mitte der 1980er Jahre gegen Atomenergie und Atomwirtschaft". Den von Rot-Grün beschlossenen Ausstieg habe man begrüßt, doch Schwarz-Gelb "opferte diesen Konsens einer Lizenz zum Gelddrucken für die Energieriesen". Die Bundesregierung "ist ein Wiederholungstäter", erinnert der Redner an "Steuergeschenke für Hoteliers" und die Gesundheitsreform. "Eine Politik zum Wohle des Volkes sieht anders aus, und eine Regierung, die so Politik macht, gehört abgelöst", betont Bliesener unter großem Applaus.

Weiter verweist er auf die weitgehend überwundene Finanz- und Wirtschaftskrise -dank "zündender Ideen und klugem, weitsichtigem Handeln von Gewerkschaften und der

Mehrheit der Arbeitgeber und ihrer Verbände". So sei es gelungen, die Stammebelegschaften weitgehend zu schützen. Nun werde aber "die Gier nach Rendite" wieder übermächtig, Den Arbeitnehmern werde ihre Flexibilität und das Entgegenkommen mit "Lohndumping, Arbeitshetze und Erpressungsdruck" gedankt. Die Politik dürfe da nicht "Spielball des Marktgeschehens sein, sie muss die Regeln und die Richtung der Ökonomie bestimmen", zitierte Bliesener den IG Metall-Vorsitzenden Huber.

Notwendig für die Konsolidierung der Haushalte sei "mehr Steuergerechtigkeit" - die Regierung dürfe da nicht "aus Angst vor Millionären kneifen". Den Regierungswechsel in Baden-Württemberg sieht Bliesener als "Chance, jahrzehntealte Verkrustungen aufzubrechen". Das bedeute: "Klare Kante gegen die weitere Ausdehnung prekärer Beschäftigung." Dazu gehören das Eintreten gegen Leiharbeit, ein Tariftreuegesetz und Mindestlöhne.